Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 59. [46. Jahrgang.] Sonntag den 10. März 1907. Erste (Abend-)Ausgabe. [46. Jahrgang.] Nr. 59.

Berlin, den 9. März.

Politischer Tagesbericht.

Wie wir erfahren, ist der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel, Frhr. **Marschall v. Bieberstein**, als erster Delegierter des Deutschen Reichs auf der **Haager Konferenz** in Aussicht genommen.

Rückblicke.

Für die andauernde **Unsicherheit im sozialdemokratischen Lager** ist es bezeichnend, daß die Neue Zeit nicht weniger als vier Artikel ihrer letzten Nummer mit Betrachtungen über die Wahlniederlage füllt. Alle diese Artikel kommen zu demselben Ergebnis: Schärfere Agitation, festere Organisation, mehr Zeitungen, mehr Flugblätter, mehr Kleinarbeit, mehr Geld! Eine wertvolle Anerkennung ihrer tüchtigen Wahlarbeit werden die nationalen Organisationen in dem Ingrimm erblicken, mit dem in der Neuen Zeit von ihnen gesprochen wird. Von Interesse ist namentlich auch die den Kriegervereinen gezollte unfreiwillige Anerkennung. Sie werden sich auf eine noch schärfere Bekämpfung von seiten ihrer sozialistischen Hasser gefaßt machen müssen als bisher. Ein in der Landagitation bewanderter Genosse empfiehlt, an die entlassenen Reservisten Flugblätter zu verteilen, um sie vom Eintritt in die Kriegervereine zurückzuhalten. Außerdem rät er, in weitem Umfange ländliche Sterbekassen einzurichten, um auch auf diesem Gebiet den Kriegervereinen Konkurrenz zu machen. Wir zweifeln nicht, daß die Kriegervereine solche Vorstöße wachsam beobachten und im Sinne ihrer vaterländischen Aufgaben parieren werden. Recht bemerkenswert erscheint uns auch ein Hinweis darauf, daß vor ländlichen Hörern alles „auf die Art der Darstellung“ ankomme, wenn man z. B. von Begriffen, wie „Vaterland, Vaterlandsliebe, Verteidigung des Vaterlandes“ spricht. Hier soll offenbar angedeutet werden, daß man es nicht wie Bebel in Amsterdam machen dürfe. Ein Agitator, der auf dem Lande Sedanfeste nach einem deutschen Sedan äußern würde, möchte in der Tat im Interesse seiner Gesundheit gut tun, den Ort solcher Redekunst künftig zu meiden. — Auch wird es der Sozialdemokratie schwerlich von Nutzen sein, wenn man in ländlichen Versammlungen die Aeußerung des Vorwärts zitierte, Bebel und Kautsky hätten „niemals im Traume daran gedacht, die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie gegen die Monarchie und die Forderung der sozialen Republik aufzugeben“. Das ist esoterische Weisheit, die für den monarchisch denkenden und „antikollektivistischen Bauernschädel“ nicht geeignet ist. In der Darstellung dieser Dinge scheint selbst der Mitarbeiter der sonst traurig „finkeln“ schwebenden Neuen Zeit mehr mit dem Revisionisten Davib zu halten, der im Reichstag über den nationalen Charakter der Sozialdemokratie gar erbaulich zu reden wußte.

Es ist begreiflich, daß die Leser der Neuen Zeit, wenn sie sich mit all diesen aus Sorge und Beklemmung geborenen Erörterungen plagen müssen, auch einige spaßhafte Seiten zu lesen bekommen. Heiterkeit zu erzeugen, ist Herrn **Mehrings** Aufgabe, und wir erkennen mit Vergnügen an, daß er auch uns mit seinem letzten Artikel eine angenehme Viertelstunde bereitet hat. Der Stadtbahte vermochte Herr Mehring diesmal keinen Geschmack abzugewinnen; er fand, daß sie schon am zweiten Tage erschöpft war, hielt es also nicht einmal nötig abzuwarten, was Herr Singer zu sagen hatte. Unseres Erachtens mit Recht. Er hat wohl geahnt, daß seine Partei keine Lorbeeren mehr davontragen würde. Für ihn genügte es, feststellen zu können, daß auch aus den Reichstagsdebatten keine Hoffnungen auf Mauserung oder einer Umwandlung der Sozialdemokratie oder auf eine Opferung ihrer revolutionären Prinzipien abzuleiten sind. Das war ja auch in der Tat der Kern der drei sozialdemokratischen Reden, alles übrige entbehrliches Beiwerk. Spaßhaft aber wird Herr Mehring, indem er sich mit dem Fürsten Bülow beschäftigt. Er bringt es nämlich fertig, ihn mit Kleon, dem Gerber, zu vergleichen. Ist es nicht einigermaßen gefährlich, wenn dieser Name von dem Publizisten einer Partei in die Diskussion geworfen wird, welche sich rühmen kann, den Kleon-Typus in seiner modernen Form entwickelt und jetzt allerdings wohl schon überzüchtet zu haben? Das sachliche Urteil Mehrings über die Darlegungen des Reichskanzlers steht auf der Höhe dieses Vergleichs: es ist nicht ernst zu nehmen und will auch offenbar nicht ernst genommen werden.

Die ungewöhnlich ausgedehnte **allgemeine Etatsberatung** ist am Dienstag endlich nach achttägiger Verhandlung sang- und klanglos geschlossen worden. Wenn man es auch begreifen kann, daß die Parteien nach dem heißen Wahlkampf das Bedürfnis einer gründlichen gegenseitigen Aussprache fühlten, so muß man sich doch fragen, ob es denn unbedingt nötig war, daß für die größeren Parteien drei oder gar vier Redner das Wort ergriffen, und ob nicht eine stärkere Konzentration dem Eindruck der Debatten selbst dienlicher gewesen wäre. Da es sich bei diesen Debatten doch meist nur um Auseinandersetzungen über die Vergangenheit handelte, so wäre ein Teil dieser Zeit vielleicht zweckmäßiger für praktische und positive Arbeit aufgewendet worden. Jedenfalls aber ist zu wünschen und zu hoffen, daß die Redseligkeit, die der neue Reichstag bei dieser eine gewisse breite Ausführlichkeit allerdings begünstigenden Gelegenheit bewiesen hat, nicht etwa ein Omen für die weitere Geschäftsbehandlung darstellen möge. In der Tat hat der Reichstag bereits auch gezeigt, daß er schnelle und gute Arbeit zu machen weiß, indem er die erste Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika am Mittwoch in einer im wesentlichen sachlich verlaufenen Sitzung erledigte und am Freitag die Regierungsvorlagen mit großer Mehrheit ohne jede Diskussion gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Polen annahm.

Große Sensation hat noch die gründliche Abfuhr erregt, die der Chef der Reichskanzlei in den beiden ersten Sitzungen der Woche dem als Spezialist für Kolonialskandale zu vorübergehender Berühmtheit gelangten Abg. Erzberger beigebracht hat. Wir brauchen auf die Einzelheiten dieser sehr dramatisch verlaufenen Auseinandersetzung und Abrechnung des Herrn v. Loebell mit dem Abg. Erzberger hier nicht nochmals einzugehen. Genug, daß Erzberger die von dem Chef der Reichskanzlei gemachte amtliche Aufzeichnung über ein beiderseitiges Gespräch über den Fall Poeplau als „irrtümlich“ anzuzweifeln wagte, sich dabei aber selber in eine solche Reihe von Widersprüchen verwickelte, daß der Vorwurf der „unwahren“ Darstellung mit voller Wucht auf den Ankläger zurückprallte. Die Frage der höheren Glaubwürdigkeit war für das öffentliche Urteil dadurch erledigt, daß Herr v. Loebell die fragliche aktenmäßige Notiz, sich und den beeidigten Abgeordneten Erzberger auf der einen Seite dem unbeeidigten Abgeordneten Erzberger auf der anderen Seite gegenüberstellen konnte. Ein glücklicher Zufall hat es gefügt, daß in diesem Fall das eidliche Zeugnis des Abgeordneten Erzberger selber als zwingender Beweis für die Zuverlässigkeit der amtlichen Aufzeichnung angeführt werden konnte, während umgekehrt die vor Gericht nicht beeidigte Aussage Erzbergers in sehr fragwürdigem Lichte erscheint. Die Aufdeckung dieser erstaunlich krassen Selbstwidersprüche dieses infolge einer gewissen Geschäftigkeit zeitweilig von der Woge der Bekanntheit getragenen Zentrumsabgeordneten war durchschlagend. Selbst ein Organ, das dem Zentrum oft anerkennende Sympathie entgegenbringt, wie die Kreuzzeitung, äußerte sich verwundert darüber, wie das Zentrum einen solchen Mann noch in seinen Reihen dulden möge, der ja doch keine unbedannte Größe, sondern mitunter auch zu besseren Dingen verwendet worden sei, als zur Inschutznahme angeklagter katholischer Beamten. In der Tat hat es das Zentrum und seine Presse auch nicht umgehen können, aus dieser öffentlichen Bloßstellung eines seiner jüngsten und tätigsten Mitglieder wenigstens gewisse Konsequenzen zu ziehen. Bezeichnend war ja schon die Aeußerung des Freiherrn von Hertling in seiner Etatsrede: Was gehen mich die Herren Poeplau und Wilsuba an? — was ungefähr so klang wie eine Abschüttelung von Roeren und Erzberger. Bezeichnend war dann auch, daß in der letzten Kolonialdebatte nicht der Abgeordnete Erzberger, sondern Rechtsanwalt Fehrenbach den Standpunkt des Zentrums vertrat. Auch die Germania ist von Erzberger abgerückt, indem sie seine Sache als persönliche Angelegenheit des Empfängers behandelte. Schließlich hat sich aber die Zentrumspresse auch des offenen Konfessionen bequemen müssen, die für den Abgeordneten Erzberger trotz aller durchblickenden Schonung nichts weniger als schmeichelhaft klingen. Ein führendes süddeutsches Zentrumsorgan, die Augsburger Postzeitung, erklärt jetzt den Beweis für erbracht, daß Abg. Erzberger nicht klug und nicht recht gehandelt habe. Das Blatt nimmt trotz der Erzbergerschen Leugnungsversuche als feststehend an, daß dieser Abgeordnete durch Drohungen mit kompromittierendem Material die Regierung zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens zu zwingen versucht habe, und es drückt seine Mißbilligung darüber aus. Die Kölnische Volkszeitung hält zwar die Beschuldigung, daß Abg. Erzberger eine Pression ausgeübt habe, nicht völlig für erwiesen, beurteilt aber ein solches Vorgehen, falls es erwiesen wäre, um so schärfer und fordert die Rückkehr zu einem vernünftigen Maßhalten sowohl in der Schätzung des Wertes der Kolonieen als in der Kritik der kolonialen Mißstände, wobei sichtlich der Ton auf dem zweiten Gliede dieser Koordination ruht. Wie müde man im Zentrum der Erzbergerschen Reinfälle ist, geht aus der weiteren Bemerkung hervor, daß die Oeffentlichkeit sich schon viel zu lange mit kolonialen Einzelheiten habe beschäftigen müssen, und daß es wirklich an der Zeit wäre, die Akten über diese Dinge endgültig zu schließen. Das ist allerdings ein vernichtendes Urteil über die Tätigkeit des Herrn Erzberger. Auch sonst wird in diesem Artikel, dem die Zentrumsfraktion selber nicht ferne stehen dürfte, dem Abg. Erzberger noch manche bittere Lehre erteilt, so daß ein plötzliches Bedürfnis des Zentrums doch deutlich hervortritt, seine Sache wie im Falle Roeren so auch im Falle Erzbergers von denjenigen kompromittierter Fraktionsmitglieder so scharf wie möglich zu trennen. Daß der Versuch, die Partei von dem Gemeine der Schuld der einzelnen Mitglieder loszulösen, nicht völlig gelingen kann, darf dabei doch nicht verschwiegen werden. Die Zentrumsfraktion ist hier ohne Zweifel ebenfalls in hohem Maße engagiert — mindestens so lange, als sie sich nicht entschließen kann, ihrer Mißbilligung einen formellen oder praktischen Ausdruck zu geben. Außerdem aber beweist die, wie wir zugeben, scharfe Kritik, die die Zentrumspresse selber jetzt an dem Vorgehen einzelner Fraktionsmitglieder übt und zu üben sich genötigt sieht, wie hohe Zeit es war, regierungsseitig mit fester Hand in das Wespennest dieser Vereinsusionspraktiken und Nebenregierungsgelüste einzugreifen. Wenn übrigens die Köln. Volkszeitung aus dem Fall Erzberger auch die Lehre zieht, daß sich ein vorsichtiger Parlamentarier jetzt auf Unterredungen mit Regierungsvertretern überhaupt nicht mehr einlassen könne, so hat sie hier das Pfaster neben die Wunde gesetzt. Grund zur Vorsicht hat nach dem Verlauf der Auseinandersetzungen lediglich das Verfahren des Abg. Erzberger geboten, und die Unterstellung muß scharf zurückgewiesen werden, als ob der Loyalität irgend einer anderen Stelle etwas vorzuwerfen gewesen sei.

Eine sachte Wandlung hat der Standpunkt des Zentrums auch in der Frage der **Truppenstärke in Südwestafrika** erfahren. Zwar machte die Partei, um ihr Gesicht zu wahren, in zweiter Lesung des Nachtragsetats freilich ohne ein Wort der Begründung den Versuch, statt der 29 Millionen nur 20 Millionen für das südwestafrikanische Truppenkontingent zu bewilligen, indes in der ersten Lesung hielt der Fraktionsredner Fehrenbach eine sehr gemäßigte Rede, die zweifellos ein Abrücken von dem ursprünglichen Standpunkt des Zentrums bedeutet. Fehrenbach behauptete nämlich, der Antrag des Zentrums, es sollten Vorbereitungen getroffen werden, um die Truppenstärke auf 2500 Mann zu reduzieren, habe von den 2500 Mann nur als Truppen vor dem Feinde gesprochen. Dies stimmt indes mit dem Wortlaut des am 13. Dezember vorliegenden Antrags Hompesch durchaus nicht überein, der ausdrücklich davon sprach, daß es sich darum handle, die **Gesamtstärke der Schutztruppen** auf 2500 Mann herabzumindern, — eine Auffassung, der auch der Gedankengang des Abgeordneten Dr. Spahn in jener Sitzung durchaus entsprach. Auch suchte ist es unmöglich, den damaligen Antrag des Zentrums so auszulegen, wie der Abg. Fehrenbach möchte, da sonst in Anbetracht, daß nach allgemeinem Urteil in Südwestafrika höchstens ein Viertel der Truppen vor dem Feinde verwendet werden kann, das Zentrum mehr bewilligt hätte, als die Regierung verlangte, und so jeder Grund zu Differenzen entfallen wäre. Wie man also sieht, möchte sich das Zentrum nunmehr zu seinem damaligen Standpunkt lieber nicht mehr bekennen, versucht vielmehr, ihn leise, aber gründlich zu retuschieren.

Im **Abgeordnetenhause** steht man ebenso wie im Reichstage und aus analogen Gründe vor der unangenehmen Perspektive, daß der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt werden kann. Wie aus der Geschäftsordnungsdebatte am Donnerstag hervorgeht, wird die zweite Lesung des Kultusetats schwerlich vor Ostern stattfinden. Aus den Verhandlungen der verflossenen Woche sind zunächst zwei Momente als besonders erfreulich hervorzuheben, die in gewisser Beziehung zu der gewünschten organischen Gehaltsregelung für Staatsbeamte stehen: die entgegenkommenden Erklärungen, die der Kultusminister Dr. v. Studt im Plenum und in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses über eine Aufbesserung der Gehälter für Geistliche und die Vorlegung eines neuen Lehrerbesoldungsgesetzes schon in der nächsten Session abgegeben hat. Der Minister erkannte in Beantwortung einer konservativen Interpellation über den Ausbau der Pfarrerbesoldungsgesetze und die Neuregelung des Ruhegehalts der Geistlichen an, daß das Diensteinkommen der Geistlichen nicht mehr ausreicht, und daß der Staat mit seinen Mitteln helfend eintreten muß. In erster Linie ist es allerdings Sache der Kirche, die Mittel für die Aufbesserung der Bezüge ihrer Geistlichen aufzubringen. Die Staatsregierung ist bereit, bei den Landeskirchen in der angegebenen Richtung zu vermitteln. Da fast sämtliche Parteien im Abgeordnetenhause in dieser Frage übereinstimmen, ist an einer glatten Annahme entsprechender Vorlagen nicht zu zweifeln. Im Anschluß an seine mit Dank begrüßte Zusage, dem Landtage schon in der nächsten Session ein neues Lehrerbesoldungsgesetz vorlegen zu wollen, erklärte der Minister noch, daß die Entwürfe der Novellen zu den Gesetzen über die Pensionierung der Volksschullehrer und über die Fürsorge für ihre Witwen und Waisen dem Landtage schon in der gegenwärtigen Session in tunlichst baldigem Anschlusse an die ihm vorzulegenden Novellen zu den Gesetzen über die Pensionierung der Staatsbeamten und deren Relliktenversorgung zugehen würden. So stehen dem Abgeordnetenhause teils in dieser, hauptsächlich aber in nächster Session wichtige Aufgaben, betreffend die Gehaltsregelungen von Beamten, Geistlichen und Lehrern bevor.

Am Mittwoch wurde im Abgeordnetenhause der Etat der **Eisenbahnverwaltung** in Angriff genommen. Der Minister Breitenbach konnte den Eisenbahnetat als Spiegelbild der glänzenden wirtschaftlichen Konjunktur bezeichnen und für das Jahr 1907 einen Ueberschuß von 739 Millionen Mark in Aussicht stellen. In 12 Jahren haben sich die Lokomotivkilometer von 322 auf 665 Millionen, also über 100 pCt. gesteigert, die Kopfzahl sämtlicher Angestellten ist von 288 000 auf 441 000 angewachsen. Diese Zahlen wegen wenigstens andeutungsweise die glänzende Entwicklung kennzeichnen, die das preußische Eisenbahnwesen im letzten Jahrzehnt fortdauernd genommen hat. Wie seine Vorgänger, legt auch Minister Breitenbach entschiedenen Wert auf gute Anstellungsverhältnisse der Beamten und Arbeiter, ebenso wie er der sozialdemokratischen Propaganda unter den Eisenbahnangestellten mit voller Entschiedenheit entgegentritt. Infolge der allgu starken Belastung der Eisenbahndirektionen und des Eisenbahnministeriums ist ein neues Zentralamt in Aussicht genommen, welches eine vertiefte Behandlung aller das ganze Eisenbahnwesen betreffenden, insbesondere technischen Fragen ermöglichen soll. Das Scheitern der Betriebsmittelgemeinschaft wurde von den meisten Rednern aus dem Hause vom wirtschaftlichen wie vom politisch-nationalen Standpunkt aus lebhaft bedauert, der Minister betonte die nationale Bedeutung der Frage und erklärte, daß Preußen, falls die Verhandlungen mit Bayern nicht zu stande kommen sollten, die Güterwagengemeinschaft mit denjenigen Staaten zu stande zu bringen suchen werde, die es wünschten. Eine größere Rolle in den Debatten spielte ferner die Frage der Personentarifreform, von der verschiedene Redner eine größere Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Tarife verlangen. Diese in den ersten Sitzungstagen mehr nur gestreifte Frage bildete am Freitag den Hauptgegenstand der Verhandlung, und zwar wurde hier von verschiedenen eingegangenen Anträgen ein von den beiden konservativen Parteien eingebrachter Antrag angenommen: der im Reiche eingeführten Fahrkartensteuer eine andere, die Einnahmen des Personenverkehrs mindert schädigende Form zu geben. Gegen die Fahrkartensteuer hat sich im preußischen Abgeordnetenhause eine ziemliche Mißstimmung geltend gemacht, weil sie eine Verschiebung des Verkehrs von den oberen nach den unteren Klassen, ja einen Rückgang des Verkehrs überhaupt und infolgedessen einen empfindlichen Rückgang der Einnahmen zur Folge gehabt hat. Minister Breitenbach legte vor allem die erfreulichen Seiten der Personentarifreform dar, der er wünschte, daß das Haus ihr ein freundliches Gesicht zeige, und betonte den Nutzen des neuen Gepäcktarifs, der vor allem den Geschäftsreisenden vorteilhaft sei. Die bereits genausgaben 50 Millionen für Beschaffung neuer Betriebsmittel wurden vom Hause genehmigt. Am heutigen Abend werden die Eisenbahndebatten wohl abgeschlossen werden.

Der **Parteitag des bayerischen Zentrums**, der diese Woche in München stattfand, hat die Kühnheit besessen, die die Sozialdemokratie begünstigende Stichwahlparole des bayerischen Zentrums bei den letzten Reichstagswahlen für gerechtfertigt zu erklären. Der Vorstand der Zentrumsreserve vorgelesen. Besonders starke Störungen hat der Ausstand im Zentral-Fernsprechamt und auf dem Nordbahnhofe hervorgerufen. Außer den Theatern mußten auch zahlreiche Konzert- und Tanzlokale geschlossen bleiben; die Menge verteilte sich scherzend in die spärlich erleuchteten Boulevard-Cafés. Die Schutzleute, die in den nur mit elektrischen Lampen versehenen Straßen mit Fackeln aufgestellt sind, lösen sich von Viertelstunde zu Viertelstunde ab. Die Zeitungen machen die größten Anstrengungen, um das Erscheinen der Morgenausgabe zu ermöglichen; Akkumulatoren, Lokomobilen. usw. werden mit großen Kosten beschafft.

Paris, 8. März. Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter kam, obgleich der Syndikatsbeschluß heute nachmittag durch die Blätter bekanntgegeben wurde, ganz unerwartet und rief große Verwirrung hervor. Die elektrisch betriebene Untergrundbahn sowie die elektrischen Straßenbahnen verkehrten jedoch ungestört, da sich die elektrischen Zentralstationen bisher dem Ausstande nicht angeschlossen haben, dagegen hörten die Fahrstühle in den Häusern auf, zu funktionieren, was zu mancherlei unangenehmen Vorfällen Anlaß gab. Die Polizei traf umfassende Vorsichtsmaßregeln, weil sie befürchtete, daß die in den Straßen herrschende Finsternis Gelegenheit zu Angriffen auf die Passanten und zu Plebisziten in Geschäften Gelegenheit geben könnte. An verschiedenen Punkten namentlich in den entlegeneren Vorstädten wurden Polizisten mit Leuchtfackeln aufgestellt. Die Arbeitsbörse wurde heute abend angeblich deshalb geschlossen, um die entlassenen Elektrizitätsarbeiter an der Abhaltung einer Versammlung zu verhindern.

Paris, 8. März. Die ausständigen **Elektrizitätsarbeiter**, etwa 1250 an der Zahl, versammelten sich heute abend, da die Arbeitsbörse geschlossen war, in den Räumen der Conféderation Générale du Travail und nahmen einstimmig eine Tagesordnung an, in der sie erklären, daß sie im Kampfe verharren und ihn erst einstellen, wenn ihre Forderungen erfüllt sind. Nach Schluß der Versammlung wurden Rufe „Es lebe der Ausstand!“ ausgebracht und die Internationale gesungen.

Paris, 8. März. Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter machte sich am Abend in der ganzen Stadt erheblich fühlbar. Die großen Kaufhäuser und zahlreiche Bureaus mußten vorzeitig geschlossen werden. Viele Abendblätter sind nicht erschienen, wahrscheinlich werden auch die meisten Morgenblätter nicht erscheinen. Kein Theater konnte heute abend spielen; Plakate verkündeten überall dem Publikum den Ausfall der Vorstellung. Die großen Boulevards waren am Abend nur spärlich erleuchtet; auf den Terrassen der Café-Restaurants brannten Kerzen und Lampions in allen Farben. Die Arbeitsbörse ist geschlossen.

Paris, 9. März. Zahlreiche Zeitungen konnten heute nicht erscheinen, weil infolge des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter ihre Rotationsapparate außer Betrieb gesetzt waren. Nur in zwei Theatern, dem Théâtre Mésane und dem kleinen Théâtre Grevin, die ihr elektrisches Licht selbst erzeugen, konnten Vorstellungen stattfinden, die übrigen Theater gaben das Geld zurück. Es

Rundschau im Auslande.

In einer gestern in **Tanger** abgehaltenen, halbamtlichen Sitzung der Diplomaten wurde über die Organisation des **Spezialgerichtes** beraten, vor das nach Artikel 45 der Algeciras-Akte solche Prozesse zu bringen sind, die in Marokko gegen die Bank von Marokko angestrengt werden. Die nächste Sitzung, an welcher die marokkanischen Delegierten teilnehmen, findet am nächsten Dienstag statt; auf ihrer Tagesordnung steht das Reglement betreffend den Waffenhandel.

In Tanger sind Nachrichten eingangen, nach denen die **Mahalla** im Kampfe gegen die **Beni-Aros** einen Verlust von etwa 100 Toten, darunter mehrere Offiziere, erlitten haben soll, während die Verluste der Rebellen unbedeutend seien.

Nach einem Telegramm der Associated Preß aus Washington wird dort von maßgebender Seite angeregt, den Plan ernstlich ins Auge zu fassen, die **Philippinen** für immer aus dem Kreise der internationalen Politik auszuschalten und die Inseln nicht länger als mögliche Ursache eines Krieges bestehen zu lassen. Die betreffende hochstehende Persönlichkeit faßt dabei die Neutralisationserklärung der Inseln ins Auge.

Die Regierung von Indien erhielt vom **Emir von Afghanistan** folgende eigenhändige Botschaft zur Veröffentlichung:

„Im Namen Gottes. Jamrud, den 7. März. Meine Reise durch Indien hat mir so viel Vergnügen bereitet, daß ich es in Worten gar nicht aussprechen kann. Güte und Freundschaft sind mir überall geboten worden von der Regierung Indiens, dem Vizekönig, dem Oberbefehlshaber und anderen Militär- und Zivilbehörden. Ich fand sie alle Afghanistan und mir selbst freundlich gesinnt, und ich kann erklären, daß ich während der kurzen Reise für Afghanistan und für mich selbst mehr wahre Freunde gewonnen habe, als ich sie in zwanzig Jahren hätte gewinnen können, wenn ich nicht nach Indien gekommen wäre. Ich wünsche daher dem Volke von Afghanistan und mir selbst Glück dazu, so gute Freunde zu besitzen.“

Der Vizekönig **Earl of Minto** sandte an den Emir von Afghanistan ein Abschiedstelegramm, in dem er ihm eine angenehme Heimreise wünscht und die Hoffnung ausspricht, daß persönliche Freundschaften zum guten Einvernehmen der beiden Länder beitragen werden. Der **Emir** dankte mit einem Telegramm, in dem er sagte, er habe in Indien 64 Tage mit sehr großem Vergnügen zugebracht, und dem Vizekönig für die Ehren, die ihm von der Regierung erwiesen worden seien, herzlichst dankte. Er sei von allen Veranstaltungen aufs angenehmste berührt worden.

Das Ergebnis des Besuches des **Emirs** von Afghanistan wird die Errichtung einer **afghanischen Bank** sein, die den Handelsaustausch zwischen Afghanistan und Indien erleichtern soll.

Die Möglichkeit eines Besuches von **Lord Kitchener** in Kabul für den Herbst wird erörtert.

Eine Denkschrift der **britischen Admiralität** kündigt eine Reihe von **Streichungen** an dem durch das Gesetz vom Jahre 1905 festgesetzten Programm für die Bauten der Marineverwaltung an, durch die 2 376 000 Lstr. erspart werden sollen. Infolge der Verminderung der Mittelmeerflotte wird die für den Bau eines Wellenbrechers in Malta ausgeworfene Summe um 325 000 Lstr., und die Aufwendungen für Docterweiterungsbauten in Malta, Gibraltar und der Simonsbai um 50 000 bezw. 39 000 Lstr. herabgesetzt. Ferner werden die Summen für Bekohlungsanlagen und Kohlenlager um 260 000 Lstr., die für Schießschulen um 300 000 Lstr., die für Magazine um 177 000 Lstr., die für Torpedoschießübungsanlagen um 205 000 Lstr. gekürzt.

Der Kriegsminister brachte gestern in der **bulgarischen Sobranje** außerordentliche Militärkredite in Höhe von 32 Mill. Lei ein. Nach mehrstündiger geheimer Sitzung nahm die Sobranje die Kredite in erster Lesung an. Die bewilligten Militärkredite sind zur Ergänzung der Ende 1904 bestellten Batterieen von Schnellfeuerfeldgeschützen bestimmt, ferner zur Neubestellung von Maximgeschützen, Festungsgeschützen und Material für die Sanitätsabteilungen.

Das Pariser Blatt **La Croix** veröffentlicht eine Mitteilung über die **Papiere Montagninis**, in welcher es heißt, die französische Regierung wolle mit Hülfe dieser Schriftstücke **Skandale hervorrufen**. In Wirklichkeit seien die meisten Papiere durchaus ohne Bedeutung; aus den anderen dürfte die französische Regierung nur dann Kapital schlagen können, wenn sie diese entstellen würde.

In **Paris** ist gestern ein **Ausstand der Arbeiter der Elektrizitätszentralen** ausgebrochen. Infolge des Ausstandes setzte im Laufe des Abends die Beleuchtung in zahlreichen Häusern aus. Die Blätter Presse und Soir konnten nicht erscheinen. Der Beschluß der Elektrizitätsarbeiter, in den Ausstand zu treten, ist darum gefaßt worden, weil die neue Gesellschaft, welche von der Pariser Stadtgemeinde die Konzession für die elektrische Beleuchtung erhalten soll, sich weigert, ihren Arbeitern die den städtischen Arbeitern zuerkannten Vorteile zu bewilligen.

Weitere Telegramme berichten:

Paris, 8. März. In der Sitzung des **Gemeinderates** erklärte der Präfekt des Seinedepartements über den Ausstand der Elektrizitätsarbeiter, daß Maßnahmen ergriffen worden wären, um den plötzlichen Ausstand zu verhindern. Die Arbeiter glaubten, durch ihr Vorgehen den Gemeinderat zu größerem Entgegenkommen zu bringen, sie befänden sich aber in einem Irrtum. Er gebe ihnen den Rat, die Arbeit wieder aufzunehmen und dem Wohlwollen des Gemeinderates zu vertrauen, der sie jederzeit geschützt habe. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die Ausschußanträge über die Erteilung der Gasregie an einen Konzessionär angenommen.

Paris, 8. März. Die Arbeitseinstellung ging in fast sämtlichen elektrischen Zentralen in Ruhe vor sich; ohne daß Materialbeschädigungen geschahen, vor sich; nur in zwei oder drei Anstalten wurden die Feuer ausgelöscht oder gewisse nur schwer ohne weiteres ersetzbare Maschinenteile vernichtet. Da der Ausstand unvermutet eintrat, war für die Zwecke der Beleuchtung wie der Kraftlieferung keinerlei Reserve vorgesehen. Besonders starke Störungen hat der Ausstand im Zentral-Fernsprechamt und auf dem Nordbahnhofe hervorgerufen. Außer den Theatern mußten auch zahlreiche Konzert- und Tanzlokale geschlossen bleiben; die Menge verteilte sich scherzend in die spärlich erleuchteten Boulevard-Cafés. Die Schutzleute, die in den nur mit elektrischen Lampen versehenen Straßen mit Fackeln aufgestellt sind, lösen sich von Viertelstunde zu Viertelstunde ab. Die Zeitungen machen die größten Anstrengungen, um das Erscheinen der Morgenausgabe zu ermöglichen; Akkumulatoren, Lokomobilen. usw. werden mit großen Kosten beschafft.

Paris, 8. März. Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter kam, obgleich der Syndikatsbeschluß heute nachmittag durch die Blätter bekanntgegeben wurde, ganz unerwartet und rief große Verwirrung hervor. Die elektrisch betriebene Untergrundbahn sowie die elektrischen Straßenbahnen verkehrten jedoch ungestört, da sich die elektrischen Zentralstationen bisher dem Ausstande nicht angeschlossen haben, dagegen hörten die Fahrstühle in den Häusern auf, zu funktionieren, was zu mancherlei unangenehmen Vorfällen Anlaß gab. Die Polizei traf umfassende Vorsichtsmaßregeln, weil sie befürchtete, daß die in den Straßen herrschende Finsternis Gelegenheit zu Angriffen auf die Passanten und zu Plebisziten in Geschäften Gelegenheit geben könnte. An verschiedenen Punkten namentlich in den entlegeneren Vorstädten wurden Polizisten mit Leuchtfackeln aufgestellt. Die Arbeitsbörse wurde heute abend angeblich deshalb geschlossen, um die entlassenen Elektrizitätsarbeiter an der Abhaltung einer Versammlung zu verhindern.

Paris, 8. März. Die ausständigen **Elektrizitätsarbeiter**, etwa 1250 an der Zahl, versammelten sich heute abend, da die Arbeitsbörse geschlossen war, in den Räumen der Conféderation Générale du Travail und nahmen einstimmig eine Tagesordnung an, in der sie erklären, daß sie im Kampfe verharren und ihn erst einstellen, wenn ihre Forderungen erfüllt sind. Nach Schluß der Versammlung wurden Rufe „Es lebe der Ausstand!“ ausgebracht und die Internationale gesungen.

Paris, 8. März. Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter machte sich am Abend in der ganzen Stadt erheblich fühlbar. Die großen Kaufhäuser und zahlreiche Bureaus mußten vorzeitig geschlossen werden. Viele Abendblätter sind nicht erschienen, wahrscheinlich werden auch die meisten Morgenblätter nicht erscheinen. Kein Theater konnte heute abend spielen; Plakate verkündeten überall dem Publikum den Ausfall der Vorstellung. Die großen Boulevards waren am Abend nur spärlich erleuchtet; auf den Terrassen der Café-Restaurants brannten Kerzen und Lampions in allen Farben. Die Arbeitsbörse ist geschlossen.

Paris, 9. März. Zahlreiche Zeitungen konnten heute nicht erscheinen, weil infolge des Ausstandes der Elektrizitätsarbeiter ihre Rotationsapparate außer Betrieb gesetzt waren. Nur in zwei Theatern, dem Théâtre Mésane und dem kleinen Théâtre Grevin, die ihr elektrisches Licht selbst erzeugen, konnten Vorstellungen stattfinden, die übrigen Theater gaben das Geld zurück. Es